

Presse-Information

DEUTSCHER
HAUSÄRZTEVERBAND



Kontakt:
Stefan Lummer
Büro des Bundesvorsitzenden
Bleibtreustraße 24, 10707 Berlin
Telefon: 030/88714373-35
Mail: stefan.lummer@
hausarztverband.de

GKV schleust eine Milliarde Euro in ein verbrauchtes KV-System Hausärztliche Versorgung wird weiterhin nicht gestützt

Köln/Berlin, 06.10.2010. – Eine Milliarde Euro mehr ins KV-System zu geben, wird die hausärztliche Versorgung der Patienten in Deutschland nicht stützen. „An der erratischen Honorarverteilung in diesem bürokratischen System ändert sich nichts, deshalb werden weiterhin systematisch die Hausärzte benachteiligt“, erklärte Ulrich Weigeldt, der Bundesvorsitzende des Deutschen Hausärzteverbands.

„Über eine Milliarde Euro werden dieses und nächstes Jahr insgesamt in die intransparente KV-Bürokratie geschleust. Zugleich sollen unter dem Deckmantel einer Spardiskussion die Hausarztverträge beseitigt werden“, so Weigeldt.

„Dabei verwendet die Politik ungeprüft irreführende Zahlen der KBV, die die Hausärzte reich rechnet, während das Statistische Bundesamt die Allgemeinärzte weiterhin am unteren Ende der ärztlichen Vergütung sieht.“

Da inzwischen niemand mehr bestreitet, dass die Kassen keineswegs am Bettelstab gehen, sondern 2011 finanziell gut dastehen, hält Weigeldt den Hinweis des GKV-Spitzenverbands auf „Arzthonorare auf Rekordniveau“ für „Krokodilstränen“.

„Speziell für die hausärztliche Versorgung ausgebildete Allgemeinärzte werden durch den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses jedenfalls keine Vergütungserhöhung erwarten können, solange die Verteilung derichertengelder dem völlig intransparenten Honorarsystem des Kollektivvertrags überlassen bleibt“, so Weigeldt. „So wie die drei Milliarden Euro aus der vorherigen Runde wird auch diese Milliarde wieder in diesem System versickern. Statt die hausärztliche Versorgung zu stärken – was dingend notwendig wäre – wird sofort zwischen den Facharztgruppen und KV-Regionen erbittert um die Verteilung gestritten.“

Hausärzte stellen sich mit Direktverträgen mit den Kassen den Notwendigkeiten einer wirtschaftlichen Verwendung der Mittel und nutzen vorhandene Effizienzreserven, betont Weigeldt: „Die Bundesregierung sollte deshalb den Selektivverträgen Zeit geben, diese Möglichkeiten zu entfalten anstatt das Monopol der Kollektivverträge zu restaurieren.“